

EU-Militärmacht - ? der bessere Imperialist ■

++ Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde den Menschen von der Politik allenthalben eine „Friedensdividende“ versprochen. Kurzzeitig gingen die Militärausgaben in den meisten imperialistischen Ländern des Nordens auch zurück, sogar in den USA. Doch spätestens seit der Rezession 1992/93 wendete sich das Blatt wieder: Die NATO-Mitgliedsländer begannen, ihre Armeen zu modernisieren und für weltweite Kampfeinsätze umzurüsten. Für die BRD verkündete Kriegsminister Volker Rühle erstmals im Weißbuch von 1992 das weltweite Agieren der Bundeswehr zur Sicherstellung „unserer“ Rohstoffversorgung. Die Rot-Grüne Bundesregierung brach das größte Tabu der Nachkriegszeit und schickte gegen Jugoslawien erstmals Truppen in einen Kampfeinsatz. Mittlerweile stehen Bundeswehrsoldaten in Kabul und Kundus und verteidigen angeblich die „deutsche Freiheit“ am Hindukusch.

++ Insofern war es scheinbar überraschend, dass Schröder und Fischer nicht mit Bush gegen Bagdad in den Kampf zogen, sondern sich – schließlich war ja Wahlkampf – der hierzulande vorherrschenden Ablehnung des Krieges anschlossen und zur US-Politik auf Distanz gingen. Auch die EU-Mitglieder Frankreich, Belgien und Luxemburg traten der Ablehnungsfront bei und gründeten die „Viererbande“, was zu einer beispiellosen Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze führte. Die vier Länder beschlossen, kurzfristig einen „Kern kollektiver Fähigkeit zur Planung und Durchführung von militärischen Operationen“ zu schaffen. Weitere mittlere Mächte, so Russland und China, gingen ebenfalls auf Distanz zur US-Politik. Die Spaltung der EU wurde endgültig vollzogen, als sich außer dem Bush-Freund Blair u.a. Spanien und Italien der „Koalition der Willigen“ anschlossen. Blair erkannte deutlich die Gefahren verschärfter innerimperialistischer Konkurrenz, als er die Politik der „Viererbande“ wie folgt kommentierte: „Frankreich will eine mehrpolige Welt mit verschiedenen Machtzentren, ich aber glaube, dass sich diese sehr schnell in *untereinander rivalisierende* Machtzentren entwickeln werden.“

++ Die weltweite Durchsetzung des Freihandels, wenn nötig auch mit eigenen militärischen Mitteln steht (wen wundert's) im Mittelpunkt des Verfassungsentwurfs der EU, der im Mai in Rom mit viel Pomp verabschiedet werden soll. Die EU möchte die

„wettbewerbsfähigste und dynamischste Region der Welt“ werden, was auf kapitalistischer Grundlage ohne militärisches Drohpotential nicht gelingen kann. Zwar gibt es untereinander Streit über das Verhältnis zu den USA, doch ist man sich einig, die militärische Option nicht allein den USA zu überlassen. Und leider gibt es genügend Menschen, die sich den Aufbau einer EU-Militärmacht zur Eindämmung der US-Hegemonie auch noch als „Friedenspolitik“ verkaufen lassen.

++ Der Verfassungsentwurf verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, also aufzurüsten (Art. I.40). Es wird ein „Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ eingerichtet, um eine bessere Koordinierung des Aufrüstungsprozesses zu erreichen. Ziel ist zunächst eine „gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, die in die Gründung einer gemeinsamen Armee einmünden soll. Kernelemente dieser Politik sind die Errichtung eines eigenen Satelliten-Navigationssystems, um vom US-GPS unabhängig zu werden, ein eigenes Hauptquartier sowie die Zusammenlegung der militärischen Potentiale, damit eine arbeitsteilige Hochrüstung möglich wird. Auch die Zusammenführung der europäischen Rüstungsschmieden in wenigen Großkonzernen ist weit vorangekommen.

++ Die globalisierungskritische, die Friedensbewegung und die Gewerkschaften müssen alle nötigen Initiativen unternehmen, um jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung und Militarismus zu bekämpfen, gleich von welchem Konzern oder Land sie ausgehen. Der neoliberale und militaristische Verfassungsentwurf darf nicht das Grundgesetz der EU werden!

RSB Revolutionär Sozialistischer Bund
muenchen@rsb4.de
isl internationale sozialistische linke
isl-muenchen@gmx.de

++ IV. Internationale ++